

Ulrike Felt
Maximilian Fochler
Michael Strassnig

Experimente partizipativer ELSA-Forschung
Eine methodenpolitische Reflexion

June 2010

PREPRINT

Department of Social Studies of Science
University of Vienna

preprint



Copyright

You are allowed to download this paper for personal use only. This paper must not be published elsewhere without the author's explicit permission. The paper must not be used for commercial purposes.

Will be published in *ÖZS-Sonderband "ELSA-Forschung in Österreich"*, edited by Erich Griessler and Harald Rohrer. Please cite the published version once available.

Until the final version is published, please cite this paper in the following way:
Felt, Ulrike, Fochler, Maximilian, and Strassnig, Michael (2010). *Experimente partizipativer ELSA-Forschung. Eine methodenpolitische Reflexion*. Published by the Department of Social Studies of Science, University of Vienna, June 2010. Available at <http://sciencestudies.univie.ac.at/publications>

Address for correspondence:

Ulrike Felt
Department of Social Studies of Science
University of Vienna
Sensengasse 8/10
A-1090 Vienna, Austria
T: ++43 1 4277 49611
E-Mail: ulrike.felt@univie.ac.at

<http://sciencestudies.univie.ac.at>

Experimente partizipativer ELSA-Forschung

Eine methodenpolitische Reflexion¹

Ulrike Felt, Maximilian Fochler und Michael Strassnig

The ways in which we know and re-present the world (both nature and society) are inseparable from the ways we choose to live in it. Knowledge and its material embodiments are at once products of social work and constitutive of forms of social life.

Jasanoff 2004: 2

So what of research methods? Our argument is that these are performative. By this we mean that: they have effects; they make differences; they enact realities; and they can help to bring into being what they also discover.

Law and Urry 2004: 393

I. Einleitung

„ELSA-Forschung“, also Forschung zu **ethischen, legalen und sozialen Aspekten** neuer naturwissenschaftlich-technischer Entwicklungen, tritt meist mit zwei verknüpften Zielen an: einerseits Wissen über die gesellschaftlichen Auswirkungen naturwissenschaftlich-technischer Entwicklungen zu erzeugen und dieses gesellschaftlichen Akteuren zur Verfügung zu stellen; und andererseits, einen Reflexionsprozess über diese Auswirkungen in den jeweiligen wissenschaftlichen Feldern anzuregen. Oft wird in diesem Zusammenhang kritisiert, dass sich etwa die Genomforschung der Vorstellungen von Gesellschaft, die sie gemeinsam mit dem von ihr produzierten Wissen erzeugt, nicht hinreichend bewusst sei (Jasanoff 2005); oder im Sinn des einleitenden Zitats von Jasanoff (2004), dass ForscherInnen kaum reflektieren, wie sowohl durch die gestellten Fragen als auch die Methoden, mit denen sie die Natur repräsentieren, immer zugleich implizite Vorstellung von gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftlichen Ordnungen und Wertstrukturen produziert werden, und dass dadurch Gesellschaft aktiv gestaltet wird.

¹ Wie jede akademische Arbeit ist auch diese eine wesentlich kollektivere als dies die Nennung der AutorInnen zum Ausdruck bringt. Wir danken all jenen, die auf verschiedenste Weise in die drei in diesem Artikel diskutierten Forschungsprojekte eingebunden waren – entweder als MitarbeiterInnen im Projekt, im Konsortium oder als Mitglieder der uns stets mit Rat und Tat zur Verfügung stehenden Advisory Boards der Forschungsprojekte. Weiters gilt unser Dank den Organisatoren und TeilnehmerInnen des Workshops *Genomforschung, Politik, Gesellschaft Perspektiven auf ethische, rechtliche, soziale und ökonomische Aspekte der Genomforschung in Österreich* am 4./5. Dezember 2008. Besonderer Dank ergeht an Michael Penkler für die Vielzahl der nützlichen Anmerkungen am fertigen Manuskript. Unser Dank gilt aber insbesondere auch den zahlreichen WissenschaftlerInnen und BürgerInnen, die uns ihre wertvolle Zeit zur Verfügung gestellt haben.

Ziel dieses Artikels ist es allerdings nicht, nach der Reflexivität der Naturwissenschaften zu fragen. Wir wollen vielmehr die Forderung nach einer Reflexion der eigenen Methoden auf die ELSA-Forschung selbst beziehen. Wir folgen dabei dem Argument von Law und Urry (2004), dass die Repräsentationen, die Sozialwissenschaften von Gesellschaft erzeugen, nicht notwendigerweise weniger – wenngleich oft impliziter – wirkmächtig sind, als naturwissenschaftlich produzierte ‚Fakten‘. ELSA-Forschung erzeugt daher nicht einfach Wissen über manifest präsente oder mögliche zukünftige Auswirkungen von naturwissenschaftlich-technischen Erkenntnissen, sondern liefert dabei immer auch explizite oder implizite Vorstellungen über das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft.

Nimmt man die Forderung von Law und Urry (2004) – Forschung und ihre Methoden immer auch als performativen Akt zu betrachten – ernst, dann bedeutet dies in einem ersten Schritt, dass die Methoden, mit denen diese Aussagen erzeugt werden, die Realität nicht nur abbilden, sondern selbst aktiv in die Herstellung jener Realitäten involviert sind. Dies bedeutet nicht, dass sich sozial- oder naturwissenschaftliche Methoden ihre Realitäten einfach nach Belieben herstellen können. Es besagt allerdings, dass verschiedene Methoden auch verschiedene Antworten auf bestimmte Fragen geben können. So wird man etwa auf die in Österreich immer wieder gerne medial und politisch gestellte Frage, wie kritisch eine bestimmte Bevölkerungsgruppe gegenüber einer Technologie eingestellt ist, und aus welchen Gründen, im Rahmen einer quantitativen Umfrageuntersuchung gänzlich andere Antworten bekommen als durch detaillierte qualitative Interviews (vgl. Wynne 1995). Wenn, wie gerade in diesem Bereich häufig der Fall, solche Antworten dann zur Grundlage politischer Handlungen werden, wird deutlich, wie weitreichend die politische Dimension methodischer Entscheidungen ist. Damit erhält die Reflexion von Methoden eine gänzlich neue Bedeutung, die über die klassische Frage, inwieweit ein bestimmtes Verfahren die Realität ‚besser‘ oder ‚schlechter‘ abbildet, weit hinausgeht. Wenn verschiedene Methoden der ELSA-Forschung verschiedene Repräsentationen von Wissenschaft und/oder Gesellschaft erzeugen, die Folgen im politischen und damit auch im wissenschaftlichen Kontext mit sich bringen, dann können wir im Sinn von Law (2004) von einer Politik der Methoden oder einer *Methodenpolitik* sprechen.

Die Reflexion einer solchen Methodenpolitik in Bezug auf ELSA-Forschung scheint aus mehreren Gründen wesentlich. Zum einen ist ELSA-Forschung ein relativ neues interdisziplinäres Feld, das keineswegs klar umrissene Traditionen und Reflexionsräume hat – was die Frage der Standards in der Forschung aufwirft. ELSA-ForscherInnen kommen aus sehr unterschiedlichen Feldern, welche von der Wissenschaftsforschung (Science and Technology Studies, STS), über Technikfolgenabschätzung, Ethik, verschiedene Sozialwissenschaften bis hin zur Philosophie reichen. Gleichzeitig ist derzeit international ein Boom in der ELSA-Forschung auszumachen (von dem Österreich allerdings nur sehr partiell erfasst wurde), wobei der Fokus vor allem auf jenen technowissenschaftlichen Feldern liegt, denen ein hohes Zukunftspotenzial zugeschrieben wird. Damit ist ELSA-Forschung auch von politischem Interesse, da damit Fragen des gesellschaftlichen Umgangs mit sensiblem technowissenschaftlichen Wissen und dessen Umsetzungen aufgeworfen werden. Damit stellt sich auch die Frage nach der Verantwortung für das im Rahmen von ELSA-Forschung erzeugte Wissen.

Nachdem eine methodenpolitische Reflexion detailliertes Wissen über die jeweiligen Forschungs- und damit auch Entscheidungszusammenhänge erfordert, wird das zentrale Argument dieses Artikels auf drei ELSA-Projekten aufbauen, die die AutorInnen selbst durchgeführt haben, und die sich in Bezug auf die verwendete Methodik stark unterscheiden. Vier verschiedene Faktoren und deren Zusammenwirken sind dabei methodenpolitisch von besonderer Bedeutung: (1) die Interessen, Erwartungen und Erfahrungen der durchführenden ELSA-ForscherInnen, (2) der räumliche, zeitliche und organisatorische Aufbau des methodischen Settings selbst, (3) der Umgang der teilnehmenden WissenschaftlerInnen und BürgerInnen mit den jeweils eröffneten Möglichkeiten und gesteckten Grenzen, und (4) der kulturell-politische Kontext, in dem das Setting eingebettet ist. Der erste und der zweite der eben genannten Faktoren sind auf das Engste verknüpft, sind es doch die durchführenden ForscherInnen, die den sozialen, materiellen und zeitlichen Raum jedes methodischen Settings entlang ihrer Fragen und Erwartungen, aber auch entlang der gegebenen Projektstrukturen, gestalten.

Es wird in der folgenden Analyse darum gehen, aufzuzeigen, wie unterschiedlich gestaltete ‚methodische Räume‘ unterschiedliche Repräsentationen von Wissenschaft und Gesellschaft ermöglichen, aber auch ganz verschiedene Formen und Objekte der Auseinandersetzung hervorbringen. Als die durchführenden ForscherInnen sind wir dabei immer zugleich im Vorteil und im Nachteil. Einerseits haben wir naturgemäß detailliertes Wissen über unsere eigenen Fragen und Erwartungen und wie diese in die Gestaltung der jeweiligen Räume einfließen. Andererseits unterliegen unsere Aussagen natürlich allen Geboten methodischer Vorsicht, die bei dieser und ähnlichen Formen der Selbstbeobachtung und -reflexion angebracht sind. Hilfreich erweist sich dabei aber die Tatsache, dass alle Projekte immer von Forschungsgruppen durchgeführt wurden und daher methodische Entscheidungen einen bestimmten Grad der Explikation erreichen mussten.

In Bezug auf die dritte genannte Dimension, die Teilnahme der befragten Personen an der Erzeugung des jeweiligen Wissens, ist uns wichtig zu betonen, dass sich unsere Argumente in diesem Text ausschließlich auf partizipativ gestaltete ELSA-Forschung beziehen. Darunter verstehen wir in einer eher breiten Auslegung des Partizipationsbegriffs alle Methoden, in denen die teilnehmenden Personen aktiv gestaltend an der Erzeugung des Wissens mitarbeiten können. In diesem Sinn schließt unser Argument an Debatten zur Methodenreflexion an, die etwa in der Technikfolgenabschätzung (z.B. Abels/Bora 2004) oder in der internationalen Wissenschaftsforschung (z.B. Wynne 2008) zu Verfahren der Beteiligung von Öffentlichkeit an der gesellschaftlichen Diskussion und Entscheidungsfindung zu neuen Technologien geführt werden. Unser Partizipationsbegriff unterscheidet sich allerdings wesentlich vor allem von jenem der Technikfolgenabschätzung, da sich ELSA-Forschung unserem Verständnis nach nicht nur mit der Abschätzung und Debatte der Folgen befasst, die naturwissenschaftliches Wissen für die Gesellschaft haben kann, sondern eine breitere Analyse des Verhältnisses von naturwissenschaftlicher Wissensproduktion und Gesellschaft anstrebt. Dabei ist es für uns besonders wichtig zu betonen, dass im Rahmen der ELSA-Forschung oft auch (Natur)WissenschaftlerInnen als Beforschte und/oder Forschungspartner an der Gestaltung dieses Wissens mitwirken. Damit beschränkt sich unser Interesse nicht auf klassische Formen der Bürgerbeteiligung (Fokusgruppendifkussionen).

nen, Bürgerkonferenzen etc.), sondern schließt alle Methoden ein, in denen die Beforschten in unterschiedlichen Graden aktiv an der Produktion von Wissen zum Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft mitwirken können.

Wie BürgerInnen und WissenschaftlerInnen sich entscheiden, einen methodischen Raum konkret zu ‚bewohnen‘, ist daher von zentralem Interesse. Unsere Annahme dabei ist, dass diese Entscheidungen jeweils nicht nur in Bezug auf das konkrete methodische Setting getroffen werden, sondern immer auch in einem bestimmten politischen und kulturellen Kontext. Diese Kontexte formen mit, was in einem bestimmten Setting überhaupt als denkmöglich und anschlussfähig erscheint. So legt etwa eine spezifische techno-politische Kultur, also spezifische Arten und Weisen wie Technowissenschaften durch Praktiken, Strukturen oder Mechanismen mit Gesellschaft verwoben sind, bestimmte BürgerInnenrollen nahe. Auch die spezifische Kultur eines bestimmten wissenschaftlichen Feldes kann die Reflexion der eigenen wissenschaftlichen Praxis in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft entweder fördern oder erschweren. Die Spuren dieser kulturellen Kontexte in unseren Projekten nachzuzeichnen, wird daher ein weiteres Ziel unseres Artikels sein.

Nachdem entsprechende Reflexionen zur ELSA-Forschung bisher kaum vorliegen, beginnen wir mit einer Diskussion relevanter theoretischer Debatten rund um die Partizipation von Öffentlichkeit in der *governance* von Wissenschaft. Nach einer kurzen Skizze relevanter Aspekte des österreichischen Kontexts, in dem sich unsere methodischen Settings verorten, werden wir die drei Projekte, auf die sich unsere Aussagen beziehen, näher beschreiben. Als Kern unseres Arguments versuchen wir auf der Basis dieses Materials drei zentralen Fragen nachzugehen: Zunächst thematisieren wir die performative Dimension der experimentellen Räume selbst: In welcher Weise führen verschiedene Methoden und die thematischen, temporalen und sozialen Räume, die sie aufspannen, zu verschiedenen Repräsentationen von Wissenschaft und Gesellschaft in der ELSA-Forschung? Welche Sprech- und Denkmöglichkeiten eröffnen bzw. verschließen sie in Bezug auf ein bestimmtes Thema? Zweitens wenden wir uns den ‚BewohnerInnen‘ – BürgerInnen und WissenschaftlerInnen – dieser Räume zu: Wie ‚bewohnen‘ sie die angebotenen Räume? Akzeptieren sie die gegebenen Strukturen mit ihren Möglichkeiten und Grenzen oder versuchen sie diese nach ihren Vorstellungen umzugestalten? Welche Sprechrollen und -positionen erarbeiten sie sich? Und auf welche Ressourcen greifen sie dabei zurück? Und drittens: Wie werden die diskutierten Experimente von den Teilnehmenden in Bezug auf eine breitere *Governance* technowissenschaftlicher Entwicklungen im Rahmen einer bestehenden techno-politischen Kultur verortet? Abschließend ziehen wir Schlussfolgerungen zur Methodenpolitik der ELSA-Forschung und zu Fragen der Verantwortung, die mit der Gestaltung solcher Räume einhergehen.

Die performative Dimension partizipativer Räume

In der internationalen Wissenschaftsforschung wurde in den letzten Jahren vermehrt auf die Performativität partizipativer Methoden hingewiesen und damit in Frage gestellt, ob Partizipation per se automatisch mit besserer Entscheidungsfindung gleichgesetzt werden kann. AutorInnen wie Irwin (2006) oder Wynne (2008) verwiesen dabei auf die impliziten Choreografien partizipativer Events, die darüber entscheiden,

was im Kern zur Diskussion gestellt wird, und wie der Diskussionsprozess verlaufen kann. Wynne (2008, 107) bringt dies wie folgt auf den Punkt:

Deliberately or not, invited public involvement nearly always imposes a frame which already implicitly imposes normative commitments - an implicit politics - as to what is salient and what is not salient, and thus what kinds of knowledge are salient and not salient [...].

Damit verweist er darauf, dass die Fragen, die im Rahmen eines bestimmten Verfahrens diskutierbar sind, vielfach schon durch die thematische und organisatorische Rahmung durch die VeranstalterInnen weitgehend festgelegt sind. Er kritisiert dabei, dass bedingt durch diese Rahmung oft lediglich über mögliche Risiken technologischer Entwicklungen diskutiert werden kann, breitere Fragen der Passform technologischer Entwicklungen mit gesellschaftlichen Werten oder Erwartungen allerdings ausgeklammert werden. Thematische, soziale und temporale Organisation eines partizipativen Raums haben somit wesentlichen Einfluss auf die Form und die Ergebnisse der Interaktionen, die darin stattfinden können.

Damit ist auch die Rolle der *experts of community* (Irwin 2001, Rose 1999), d.h. jener Akteure, die Partizipation in der Praxis konzeptualisieren bzw. organisieren, von zentralem Interesse für eine Analyse der Performativität partizipativer Verfahren. Denn sie sind es, die die zu diskutierenden Themen und legitimen Sprechpositionen definieren, aber auch in der Positionierung der Ergebnisse in einem breiteren gesellschaftspolitischen Rahmen eine Schlüsselfunktion einnehmen. Gerade im Bereich der Partizipation hat sich ein eigener Markt für diese Form der Expertise entwickelt, die oft darin besteht, Partizipation ohne weiter reichende Reflexion – quasi nach einem Rezeptbuch – zu organisieren. Nimmt man die in der Einleitung skizzierten Argumente zur Methodenpolitik ernst, so hat dieses Phänomen weit reichende gesellschaftspolitische Konsequenzen.

Sprechrollen und Sprechpositionen: Partizipative Räume als Maschinerien zur Erzeugung von Öffentlichkeiten und Wissenschaften

Die Konstruktion von Sprechrollen und -positionen im Kontext partizipativer Verfahren hat in den letzten Jahren immer mehr Aufmerksamkeit erhalten. Autoren wie Irwin (2006) oder Lezaun und Soneryd (2007) weisen darauf hin, dass die von den jeweiligen *experts of community* gestalteten methodischen Räume auch Vorstellungen darüber enthalten, wer legitime Teilnehmende an diesen Verfahren sind und wie sich diese im Rahmen des Settings verhalten sollten. Oft basieren diese Annahmen auf einem ganz bestimmten Bild des *scientific citizen*, der vor seinem Engagement im jeweiligen Setting keine festgelegte Meinung zum Thema hatte, und diese auf der Basis von Experteninformation im Rahmen des Settings erarbeitet. Kritischere Öffentlichkeiten werden oft als „Aktivisten“ von vornherein von der Teilnahme ausgeschlossen (Wynne 2008, Lezaun/Soneryd 2007).

Diese Konstruktion legitimer Sprechrollen geschieht meist mit implizitem oder explizitem Bezug auf breitere Öffentlichkeiten, für die die ausgewählten BürgerInnen sprechen sollen (Felt/Fochler 2010c). Dadurch werden nicht nur die Rollen der Teilnehmenden innerhalb des Settings geformt, sondern auch spezifische Repräsentatio-

nen von Öffentlichkeiten hervorgebracht bzw. andere ausgeblendet. Felt und Wynne (2007, 57) argumentieren,

how deeply encoded different constructions of the public are in these participatory events, highlighting that they are never simply an arena in which interactive deliberation takes place, but they perform a certain vision of the public without acknowledging that they are doing this.

Autoren wie Goodin und Dryzek (2006) fragen danach, wie es gelingt, etwa Fokusgruppen oder BürgerInnenpanels als repräsentativ für breitere Öffentlichkeiten zu konstruieren, und weisen darauf hin, dass jedes partizipative Setting im Grunde doppelte Überzeugungsarbeit leisten muss: einmal nach innen, um der Gruppe das Gefühl zu vermitteln, eine legitime Sprechposition einnehmen zu können; und einmal nach außen, um glaubhaft das Argument von Repräsentativität machen zu können. Welche Sprechpositionen die Teilnehmenden im Kontext eines spezifischen Settings einnehmen, entscheidet sich demnach immer einerseits in einer dynamischen Aushandlung mit den in das jeweilige Setting eingeschriebenen Erwartungen und andererseits mit der angenommenen Beziehung der Teilnehmenden zu breiteren Öffentlichkeiten (Michael 2009).

Kritisch anzumerken ist, dass sich die Diskussion zur Konstruktion legitimer Sprechrollen in partizipativen Designs ausschließlich auf die Konstruktion von BürgerInnenrollen und Öffentlichkeiten beschränkt. Dass auch den an diesen Verfahren teilnehmenden WissenschaftlerInnen und den Wissenschaften, die sie als ExpertInnen repräsentieren sollen, in ähnlicher Weise spezifische Rollen zugeschrieben werden, wurde in der bisherigen Debatte wenig beachtet.

Techno-politische Kulturen: Die Bedeutung des breiteren gesellschaftspolitischen Rahmens partizipativer Methoden

Welche Sprechpositionen für WissenschaftlerInnen und BürgerInnen im Rahmen einer Methode zur Verfügung stehen und welche Fragen diskutierbar sind, hängt auch mit dem politischen und kulturellen Kontext zusammen, in dem das Setting verortet ist. So konnten etwa Dryzek und Tucker (2008) in einer vergleichenden Analyse von Konsensuskonferenzen in drei Ländern zeigen, wie stark der Ablauf, die Wahrnehmung und die Auswirkungen des Verfahrens mit seiner Passform mit bestehenden institutionellen Routinen einer politischen Kultur verknüpft sind. Neben der politischen Kultur im engeren Sinn spielen auch breitere kulturelle Formen des Umgangs mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft eine Rolle. So gibt es etwa nach Horst und Irwin (2010) in Dänemark eine kulturell bedingte Skepsis gegenüber elitären Formen der ExpertInnenargumentation, die es den Teilnehmenden im Rahmen einer Konsensuskonferenz erleichtert, die Positionen der geladenen ExpertInnen kritisch zu hinterfragen.

Nicht nur die politische Kultur ist jedoch in diesem Kontext von Bedeutung. Gabrielle Hecht (2001) argumentiert in ihrer Studie zum Verhältnis von nationaler Identität und Atompolitik in Frankreich, welche bedeutende Rolle kulturell eingeübte Beziehungen zu Technologien für den gesellschaftspolitischen Umgang mit technowissenschaftlichen Entwicklungen spielen. Sie verweist mit Nachdruck auf die enge Verwobenheit von kulturellen Werten, institutionell verankerten politischen Prozessen und

Vorstellungen technologischen Fortschritts. In diesem Sinn verwenden wir den Begriff der techno-politischen Kultur, um die spezifischen kulturellen Formen, Repräsentationen und Praxen zu beschreiben, in denen eine bestimmte Technologie mit einer Gesellschaft verwoben ist. Im Kontext eines in diesem Artikel diskutierten ELSA-Projektes wurde gezeigt, dass die Wahrnehmung biomedizinischer Technologien, wie etwa postnataler Gentests, in verschiedenen europäischen techno-politischen Kulturen stark unterschiedlich ausfällt (Felt et al. 2009a). Diese verschiedenen kulturellen Wahrnehmungsmuster rahmen auch die Positionen, die für die Teilnehmenden partizipativer Methoden in Bezug auf die diskutierten Wissenschaften und Technologien möglich und sinnvoll erscheinen.

Wissenschaft und Öffentlichkeit in der österreichischen techno-politischen Kultur

Auf welche kulturellen Ressourcen und Erfahrungen können BürgerInnen und WissenschaftlerInnen, die im österreichischen Kontext an partizipativen Methoden der ELSA-Forschung teilnehmen, zurückgreifen? Im Rahmen dieses Beitrags können und wollen wir nicht den Anspruch erheben, eine auch nur annähernd vollständige Darstellung der österreichischen techno-politischen Kultur zu liefern. Wir werden uns daher auf einige Kernargumente beschränken, die für die Rahmung der analysierten Methoden zentral erscheinen.

Österreich kann gerade im Vergleich mit anderen europäischen Ländern nicht wirklich auf eine verankerte Kultur des partizipativen Umgangs mit Fragen von Wissenschaft und Technologie verweisen. Diese These lässt sich recht anschaulich anhand der zaghaften Versuche der letzten zehn Jahre belegen, eine breitere Öffentlichkeit in die entsprechenden Debatten einzubeziehen. Zwar ist die Forderung nach Partizipation und einem Dialog zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit ein wesentliches rhetorisches Element rezenter österreichischer Politikdokumente geworden (vgl. RFTE 2009, BMWV 1999). Allerdings beschränkte sich der Politikdiskurs zu diesen Themen meist auf eine Übernahme und/oder Übersetzung von Konzepten aus dem europäischen Diskurs in den österreichischen Kontext. Tatsächliche Verfahren oder Initiativen, Öffentlichkeiten in die Diskussion einzubeziehen, beschränkten sich auf wenige Einzelbeispiele, und vermochten damit keine Kultur der breiten Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Technologie zu begründen². Diesen Einzelinitiativen gemeinsam ist, dass sie erstens keine erkennbare Anbindung an politische Entscheidungsprozesse oder bestehende öffentliche Diskussionen hatten. Zweitens blieb die Öffentlichkeitswirksamkeit in allen Fällen äußerst begrenzt und beschränkte sich auf bestehende professionell oder betroffenheitsbedingt interessierte Teilöffentlichkeiten. Drittens war die Diskussion jeweils von einer starken Hierarchie zwischen ExpertInnen und BürgerInnen geprägt (vgl. Felt et al. 2003, Bogner 2004).

Verfahren, die Wissenschaft verpackt als Infotainment der Öffentlichkeit näher bringen sollen und dabei vielfach einem lineareren Kommunikationsmodell folgen, wie etwa ‚Science Weeks‘ oder die ‚Lange Nacht der Forschung‘, konnten sich in den

² Als wesentliche partizipative Verfahren zu nennen wären hier die vom Forschungsprogramm GEN-AU organisierten „Diskurstage“ in den Jahren 2002 und 2004 sowie die „Bürgerkonferenz Genetische Daten“ im Jahr 2003, die als „dialogisches Element“ im Rahmen der Kampagne „Innovatives Österreich“ des Rats für Forschung und Technologieentwicklung durchgeführt wurde.

letzten Jahren hingegen relativ erfolgreich als Teil der öffentlichen Beschäftigung mit Wissenschaft und Technologie in Österreich etablieren (Fochler/Müller 2006). Dies legt die Vermutung nahe, dass die klassischeren Rollen von WissenschaftlerInnen und BürgerInnen, als ExpertInnen und Publikum, die in diesen Formaten angelegt sind, eine bessere Passform mit der österreichischen techno-politischen Kultur haben als jene des/der BürgerIn, der/die Wissenschaft kritisch hinterfragt oder des/der WissenschaftlerIn, der/die mit diesen kritischen BürgerInnen in einen Diskurs über das Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft tritt.

Die Expertenzentriertheit der österreichischen techno-politischen Kultur zeigt sich auch im Umgang mit ELSA-relevanten Fragen im Kontext der Bioethik. Mit der Bioethikkommission beim Bundeskanzleramt wurde 2001 eine reine Expertenkommission geschaffen, in der quasi stellvertretend für ‚die Gesellschaft‘ über größere ethische Fragen zu biomedizinischen Themen reflektiert werden soll. Die Einbindung gesellschaftlicher Gruppen ebenso wie jegliche Verwendung von „Instrumente[n] partizipativer Demokratie“ (Gmeiner/Körtner 2002) wurden von dieser Kommission dezidiert abgelehnt. Die Ethisierung der österreichischen Debatte führt somit zu einem Diskurs, der stark von einer überschaubaren Anzahl an ExpertInnen geführt wird und eine wie auch immer geartete Öffentlichkeit kaum zu Wort kommen lässt.

Man kann daher argumentieren, dass ethische und soziale Debatten über Wissenschaft im Allgemeinen und die Genomforschung im Speziellen im österreichischen Kontext größtenteils an eigens geschaffene Expertengremien delegiert werden. Außerhalb dieser Gremien gibt es so gut wie keine institutionalisierten Orte, an denen eine Reflexion ethischer und sozialer Implikationen der Genomforschung stattfinden könnte, weder innerhalb der Wissenschaft noch in der Öffentlichkeit. Auch für die meisten WissenschaftlerInnen bleibt die Beschäftigung mit ethischen und sozialen Fragen innerhalb ihrer professionellen Praxis auf formale Handlungen, wie die Argumentation ethischer Aspekte im Rahmen eines Forschungsantrags oder die Interaktion mit klinischen Ethikkommissionen, beschränkt.

Diese kurze Diskussion der österreichischen Kultur des Umgangs mit dem Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit in der österreichischen techno-politischen Kultur legt nahe, dass das Repertoire an möglichen Rollenbildern und anderen kulturellen Ressourcen, auf die BürgerInnen und WissenschaftlerInnen in partizipativen Settings der ELSA-Forschung zurückgreifen können, äußerst beschränkt ist, und damit wenig Unterstützung bietet, den klassischen Gegensatz von ExpertInnen und Laien aufzubrechen.

II. Drei Experimente partizipativer ELSA-Forschung

Die folgende Analyse rekurriert auf drei rezente Forschungsprojekte (für eine Übersicht siehe Tabelle 1), die durch ihre unterschiedlichen Herangehensweisen verschiedene Spielarten partizipativ orientierter ELSA-Forschung abdecken. Durch ihren Vergleich sollen zentrale methodenpolitische Dimensionen dieser Forschung herausgearbeitet werden.

Das erste Projekt – *Challenges of Biomedicine: Socio-Cultural Contexts, European Governance and Bioethics* – entstand vor dem Hintergrund der Debatte um ‚europäi-

sche Werte' und der Rolle von Wissenschaft und Technologie in demokratischen Gesellschaften. Ziel des Projekts war – auf Basis von **Fokusgruppendifkussionen** mit BürgerInnen zu bereits weitreichend umgesetzten biomedizinischen Technologien (Gentests, Organtransplantation) – die Erstellung einer explorativen kulturellen Landkarte des Umgangs mit biomedizinischen Technologien in verschiedenen europäischen Ländern.

Die Idee des zweiten Projekts – *Reden wir über GOLD! Eine Analyse der Interaktion zwischen Genomforschern und der Öffentlichkeit als Lernprozess* – war es, den im ELSA-Kontext zentralen Terminus der *Begleitforschung* ernst zu nehmen und direkt in Kooperation mit einem Konsortium von LebenswissenschaftlerInnen zu arbeiten. Diese sollten sich gemeinsam mit einer Gruppe eingeladener BürgerInnen an einen **„Runden Tisch“** setzen, um sechs ganze Tage lang thematisch weitgehend offen über konkrete und mögliche Zusammenhänge von technowissenschaftlicher Forschung und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Erwartungen zu diskutieren.

Im dritten Projekt – *Living Changes in the Life Sciences: Tracing the “Ethical” and “Social” within Scientific Practice and Work Culture* – verlagerten wir den Ort der Reflexion ins Wissenschaftssystem selbst. In offenen Interviews mit WissenschaftlerInnen, die als **biographisch orientierte leitfadengestützte Reflexionen** konzipiert waren, ging es uns darum zu verstehen, wie sich öffentliche Debatten um die ethischen und sozialen Implikationen der Genomforschung, die immer engere Verknüpfung von wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Logiken und der Wandel rechtlicher Rahmenbedingungen (Arbeitsverhältnisse, Patentfragen, Regulierungen etc.) auf das Leben und Arbeiten der ForscherInnen auswirken.

Wir werden diese Projekte im Folgenden entlang von drei Dimensionen diskutieren. Zunächst thematisieren wir die performative Dimension der methodischen Räume selbst: Welche Sprech- und Denkmöglichkeiten eröffnen bzw. verschließen sie in Bezug auf ein bestimmtes Thema? Zweitens fokussiert die Analyse auf Sprechrollen und -positionen innerhalb der Räume, und auf die Ressourcen auf die die Teilnehmenden dabei zurückgreifen (können). Drittens werden wir reflektieren, wie die diskutierten Settings von den Teilnehmenden in Bezug auf eine breitere *governance* technowissenschaftlicher Entwicklungen verortet werden.

Forschungsprojekt	Format	Teilnehmende	Auswahlverfahren	Diskussionsthemen	Gestaltungsraum für Teilnehmende
Challenges of Biomedicine EU, FP6 2004-2007 http://www.univie.ac.at/virussss/cobpublication	4x 2-stündige Fokusgruppen getrennt nach 2 unterschiedlichen biomedizinischen Technologien und nach Betroffenenformen; geführt nach einem semi-strukturierten Leitfaden, in dem auch mehrere zu diskutierende Szenarien eingebaut waren (Ländervergleich zwischen D, F, NL, S, A und CY)	Jeweils 7-10 BürgerInnen, wobei der Versuch unternommen wurde, diese in Gruppen von mehr oder weniger direkt Betroffenen zu differenzieren	Öffentlicher Aufruf (15.000 Flugblätter) im Wiener Raum; Ziel war möglichst diverse Gruppen zusammenzustellen, wobei neben Geschlecht, Alter, Bildungsgrad auch die Frage von Religion/Weltanschauung eine Rolle spielte	Ethische und soziale Aspekte von Organtransplantation und postnatalen Gentests wurden an Hand von Szenarien diskutiert, wobei auch Aspekte von <i>Governance</i> dieser biomedizinischen Technologien im Zentrum standen; Diskussion über bereits weitgehend implementierte Technologien	Innerhalb bestimmter Frageblöcke bestimmten die Teilnehmenden die Diskussion, eröffneten spezifische Themenfelder oder schlossen andere relativ rasch
Reden wir über GOLD! ELSA/GEN-AU 2004-2007 http://sciencestudies.univie.ac.at/index.php?id=57575	„Runde Tische“ nach adaptiertem Schweizer Modell (externe Moderation); 6x1 Tag trafen WissenschaftlerInnen und BürgerInnen in einer offenen Diskussionskonstellation zusammen; zusätzlich 1 Tag mit den BürgerInnen zur Reflexion dieses Formates; Interviews davor und danach mit allen Teilnehmenden	14 BürgerInnen aus ganz Österreich und 6-8 WissenschaftlerInnen aus einem großen mehrjährigen Projektkonsortium	Öffentliche Aufrufe in verschiedenen Regionen Österreichs; Ziel war eine möglichst diverse Gruppe zusammenzustellen, wobei die Kategorien Geschlecht, formale Bildung, Berufsfeld, Position zum Thema, Herkunftsregion, Altersgruppe, sowie Nähe/Distanz zu wissenschaftlicher Forschung eine Rolle spielten	Debatte über Forschungsfragen und Herangehensweisen der anwesenden WissenschaftlerInnen. Soll und kann man (und falls ja wie), zu einem relativ frühen Zeitpunkt in der Entwicklung eines Forschungsfeldes ethische und soziale Aspekte der Forschung diskutieren? Debatte um die Nähe/Ferne zu Anwendungen	Vorgegeben waren die Zahl der Treffen und in einer ersten Phase die Fokussierung auf die eigentliche Arbeit der ForscherInnen (wurde von diesen vorgestellt); innerhalb der Tage gab es Gestaltungsraum durch die Teilnehmenden. Sie konnten darüber entscheiden, was thematisch im Zentrum stehen sollte, und beschließen, ob ein formales Endprodukt gewünscht war
Living Changes in the Life Sciences ELSA/GEN-AU 2007-2010 http://sciencestudies.univie.ac.at/forschung/living-changes-in-the-life-sciences/	Ca. 50 biographisch orientierte leitfadengestützte Reflexionen, Dauer: 2-3 Stunden	WissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen akademischen Bereichen der Lebenswissenschaften und in unterschiedlichen Phasen ihres akademischen Lebens (von DoktorandInnen bis zu ProfessorInnen)	Rekrutierung nach einem Diversitätsprinzip, sowohl was fachliche Orientierung, Arbeit mit bestimmten Methoden oder Forschungsobjekten als auch das biographische Alter und die bisherige Mobilitätsgeschichte angeht	Vergleichender Blick auf die eigene Biographie aus heutiger Perspektive; wie wird heute wissenschaftliches Arbeiten organisiert? Welche Rolle spielen gesellschaftliche Veränderungen in der Neugestaltung des wissenschaftlichen Lebens?	Wenig Gestaltungsspielraum was die Gesamtstruktur des Gesprächs betrifft, aber innerhalb bestimmter Fragestellungen lag sowohl die Orientierung der Beantwortung der Frage sowie die Detailliertheit im Gestaltungsspielraum der Personen

Tabelle 1: Charakterisierung der drei ELSA-Projekte

Alle Veranstaltungen der Projekte wurden audiotekhnisch aufgezeichnet, vollständig transkribiert und nach verschiedenen Perspektiven ausgewertet; Ergebnisse wurden bereits publiziert: Für *Challenges of Biomedicine* siehe: Felt et al. 2008; Felt et al. 2009a, Felt/Fochler 2010c. Für *Reden wir über GOLD!* siehe: Felt et al. 2009b; Felt/Fochler 2008; 2010b; 2010c. Für *Living Changes in the Life Sciences* siehe: Felt/Fochler 2010a.

Die performative Dimension methodischer Räume

In welcher Art und Weise hat die methodische Ausgestaltung der Diskussionsräume Einfluss auf die Dynamik der Diskussion, auf die Möglichkeiten bestimmte Themen anzudenken und anzusprechen sowie auf die Repräsentationen von Wissenschaft und Gesellschaft, die erzeugt werden (können)? Auf den Punkt gebracht: Welche Lern- und Reflexionsmöglichkeiten entstehen in den einzelnen Settings? Lernen verstehen wir dabei nicht im Sinne einer Aufnahme faktischer Informationen zum jeweiligen Thema, sondern im Sinne einer prozesshaften reflexiven Auseinandersetzung mit einer Thematik sowie mit anderen Perspektiven auf dieses Thema. Dabei ist es wesentlich, ob Lernen als individueller oder als kollektiver Prozess stattfindet. Verbleibt die Reflexion, die im jeweiligen Setting stattfindet, also auf der Ebene der (Weiter-)Entwicklung individueller Positionen, oder entstehen in der Auseinandersetzung zwischen den Individuen neue kollektivere Positionen, die es ohne das jeweilige methodische Setting nicht gegeben hätte?

Analysiert man die Räume der Auseinandersetzung, die sich durch eine spezifische methodische Herangehensweise eröffnen, so sind drei zentrale Dimensionen zu berücksichtigen: Erstens ist der Diskussionsraum durch die breitere Rahmung des Themas strukturiert – es wird also implizit oder explizit festgelegt, welche Aspekte ihren Platz in der Diskussion haben und welche als ‚deplatziert‘ gelten. Zweitens unterliegt die Diskussion einer zeitlichen Ordnung, wobei sowohl die Gesamtzeit der möglichen Diskussion als auch die zeitliche Mikrodynamik (Redezeit, Reaktionszeit auf ein vorhergehendes Statement etc.) eine Rolle spielen. Drittens ist jeder Diskussionsraum auch ein Raum sozialer Interaktion, erleichtert/ermöglicht bestimmte Formen der Beziehungen und erschwert andere. Jede dieser Dimensionen unterliegt kontinuierlichen Verhandlungen zwischen GestalterInnen und Teilnehmenden. Während Erstere versuchen, dem Raum eine bestimmte Form zu geben, um so ihre Forschungsinteressen zu wahren, geht es Letzteren darum, sich den Raum anzueignen, gewisse Vorgaben zu übernehmen und sich gleichzeitig anderen gegenüber als widerständig zu erweisen.

Diese Dynamiken möchten wir nun für unsere drei Settings diskutieren.

In den **Fokusgruppen** des Projekts *Challenges of Biomedicine* steht die individuelle Positionierung der Teilnehmenden zu einem von den OrganisatorInnen recht eng definierten Thema im Vordergrund. In allen Fokusgruppen, sowohl jenen zur Organtransplantation als auch jenen zu postnatalen Gentests, waren der strukturierende Leitfaden sowie die Interventionen der Moderatorin darauf ausgelegt, die Diskussion auf eine Reflexion ausgewählter Dimensionen des Kernthemas zu fokussieren. Von den Teilnehmenden darüber hinaus eingebrachte Themen – etwa die Pränataldiagnostik – mussten als ‚off topic‘ vorsichtig unterbunden werden, oder konnten nur äußerst kurz zur Sprache gebracht werden. Den Möglichkeiten der Teilnehmenden, zu einer eigenen Rahmung des Themas zu gelangen, waren damit recht enge Grenzen gesetzt. Diese thematische Engführung gemeinsam mit der Tatsache, dass über bereits etablierte Technologien gesprochen wurde, erlaubte eine recht konkrete und kontroverielle Diskussion zu deren ethischen und sozialen Implikationen, sowie zu ihrer *governance*. Die Fokussierung und Konkretheit der Diskussion etwa im Vergleich mit den

Runden Tischen wurde dadurch ermöglicht, dass die Teilnehmenden recht rasch einige grundlegende Tatsachen über die Möglichkeiten und Grenzen der diskutierten Technologien für sich außer Streit stellten, und sich dann innerhalb dieses Rahmens über soziale und ethische Problemfelder austauschen konnten. Grundlegendere Fragen, wie etwa ob die medizinischen Probleme, für die Organtransplantation die Antwort ist, nicht auch durch die Entwicklung anderer Therapieformen behandelbar wären, wurden nicht angesprochen.

Der enge zeitliche Rahmen von etwa zwei Stunden hatte sowohl ermöglichende als auch einschränkende Konsequenzen. Erstens erlaubte er Personen eine Teilnahme ohne massives Zeitinvestment, was zu einer höheren Teilnahmebereitschaft führte als dies etwa für die Runden Tische der Fall war. Zweitens wurden die jeweiligen individuellen Einschätzungen kaum erst im Rahmen der Auseinandersetzung entwickelt, sondern müssen weitreichend schon als ‚mitgebracht‘ betrachtet werden. Die Teilnehmenden bezogen sich in ihre Positionierungsarbeit also zumeist auf Ressourcen (Erfahrungen, Wissen etc.) außerhalb des Settings. Dies bewirkte, dass wir als durchführende ForscherInnen gerade in der Anfangsphase der Diskussionen einen Einblick in ein relativ breites Meinungsspektrum erhielten. Drittens führte die Einmaligkeit des Ereignisses und die Kürze der Interaktion zu einer relativ offenen und teils kontroversiellen Diskussion. Dies hängt eng mit der sozialen Strukturierung des Diskussionsraums zusammen. Da unsere Fokusgruppen nicht mit bestehenden sozialen Gruppen (etwa Selbsthilfegruppen) deckungsgleich waren, sondern mit über einen *call for participants* rekrutierten Einzelpersonen durchgeführt wurden, sahen die Teilnehmenden offene geäußerte Kritik nicht als nachhaltige Gefährdung sozialer Beziehungen an. Der gebotene Diskussionsraum wurde damit nur als ‚sozialer Zwischenraum‘ wahrgenommen, den man auf kurze Zeit betritt und der nach der Auseinandersetzung wieder verlassen wird. Die Sorge um die Beziehungen der Teilnehmenden zueinander konnte – im Rahmen gewisser Grenzen – beim Betreten des Raums quasi ‚an der Garderobe abgegeben werden‘.

Da die Fokusgruppe kaum als ein Raum wahrgenommen wurde, in dem eine nachhaltige kollektive Meinungsbildung stattfinden kann oder soll, waren kollektivere Formen des Lernens so gut wie nicht zu beobachten. Die geäußerten Positionen wurden daher meist nur im Sinne eines Vergleichs mit der eigenen Meinung zueinander in Beziehung gesetzt und es gab kaum Versuche, unterschiedliche Meinungen zu einem kollektiveren Argument zusammenzuführen oder von gegensätzlichen Positionen auf einen Konsens hinzuarbeiten. Im Laufe der Diskussionen waren auch so gut wie keine wesentlichen Verschiebungen in den Positionierungen einzelner SprecherInnen zu verzeichnen. Dies bedeutet nicht, dass keine Lernprozesse stattgefunden hätten, sondern dass sie aufgrund der Kürze der Diskussion eher erst im Nachfeld wirkten und damit nicht in den Reflexionsraum zurückgespielt werden konnten. Damit stellen sich Fokusgruppen als ein methodisches Setting dar, in dem interessante Einblicke in ein kontroverses Spektrum öffentlicher Meinungen zu techno-wissenschaftlichen Fragen möglich werden, aber reflexive und kollektivere Lernprozesse nur sehr wenig Raum haben.

Durch die thematische Verortung der Diskussion im Bereich der Grundlagenforschung, die gleichzeitige Präsenz zweier klar definierter Gruppen – WissenschaftlerInnen und BürgerInnen –, die Dauer über sechs ganze Tage und die Anwesenheit von

durchschnittlich 20 Teilnehmenden gestaltete sich der Raum für Auseinandersetzungen an den **Runden Tischen** im Projekt *Reden wir über GOLD* wesentlich anders als in den Fokusgruppen. Thematisch gesehen strukturierten wir als OrganisatorInnen den Verlauf der Diskussion weit weniger stark, da wir im Vergleich zu den Fokusgruppen die interaktive Entwicklung einer gemeinsamen Rahmung des Themas fördern und so kollektive Lernprozesse anregen wollten. Ein offenerer Zugang war allerdings auch nicht zuletzt durch die Tatsache erforderlich, dass mögliche Anwendungen des diskutierten Forschungsprojekts erst in der Zukunft liegen würden. Die Beteiligten mussten daher beträchtliche Imaginations- und Extrapolationsarbeit leisten, um mögliche ethische und soziale Implikationen der diskutierten wissenschaftlichen Erkenntnisse für sich fassbar zu machen. Strategien, dies zu tun, waren etwa der Vergleich mit historischen Beispielen technologischer Innovation, z.B. der Entwicklung der Atombombe, oder das ‚Erfinden‘ eines fiktiven Produkts, der ‚Fettpille‘, welches dann nach seinen ethischen und sozialen Implikationen befragt werden konnte. In den Diskussionen rund um die ‚Fettpille‘ konnten grundlegende Wertentscheidungen in der gesellschaftlichen Rahmung des Problems Fettleibigkeit sowie in den daraus entwickelten Lösungsansätzen reflektiert werden. So wurde etwa in Frage gestellt, warum ein an der Genomforschung orientierter medizinischer Zugang zu diesem Thema mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Ressourcen erhalte als alternative Zugänge, die etwa auf psychologische oder soziale Veränderungen abstellen. Diese Diskussionen blieben allerdings meist auf einer eher abstrakten Ebene, und im Gegensatz zu den Fokusgruppen gelang es den Teilnehmenden nur äußerst selten, auf konkretere ethische und soziale Herausforderungen zu fokussieren und diese im Detail zu diskutieren. Dies hing nicht zuletzt mit der Teilnehmendenstruktur des Settings zusammen: die WissenschaftlerInnen konnten auf Argumentationsressourcen zurückgreifen, die den BürgerInnen nicht zugänglich waren, um die Diskussion über bestimmte mögliche Zukünfte zu schließen. Schließlich fand die Diskussion sowohl thematisch als auch örtlich auf wissenschaftlichem ‚Territorium‘ statt, und so konnten die WissenschaftlerInnen wiederholt erfolgreich auf ihre Expertise und ‚wissenschaftliche Fakten‘ rekurren, um Debatten über gesellschaftliche Wertentscheidungen zu beenden (Felt et al. 2009b).

Generell wesentlich unkontroversieller im Vergleich zu den Fokusgruppen verliefen die Diskussionen an den Runden Tischen. Zu beobachten war eine Dynamik der wechselseitigen ‚Zähmung‘, d.h. die längerfristige Interaktion zwischen WissenschaftlerInnen und BürgerInnen bedingte – positiv formuliert – gesteigerten wechselseitigen Respekt oder – kritischer ausgedrückt – eine starke latente Hemmung, kritische Positionen zu formulieren, die die sozialen Beziehungen zueinander nachhaltig negativ hätten beeinflussen können. Tendenziell wurde Kritik vor allem von Seiten der BürgerInnen weit eher in Kontexten geäußert, in denen die WissenschaftlerInnen nicht anwesend waren (etwa in Kleingruppendiskussionen) bzw. an uns SozialwissenschaftlerInnen delegiert. Indem man etwa einen kritischen Punkt in den Einzelinterviews nach den Runden Tischen ansprach, nahm man implizit an, dass dieser in geeigneter Form an die WissenschaftlerInnen zurückgespielt werden würde.

Auch die Beziehung von individuellen zu kollektiven Positionen spielte in diesem Setting eine wesentlich wichtigere Rolle als in den Fokusgruppen. Mit den WissenschaftlerInnen war eine bereits bestehende soziale Gruppe anwesend, wodurch die

BürgerInnen indirekt als Gruppe der Nicht-WissenschaftlerInnen konstituiert wurden. Die Langfristigkeit des Settings erlaubte in einem gewissen Rahmen einen reflexiven Lernprozess durch die tiefer gehende Auseinandersetzung mit den Positionen der jeweils anderen Gruppe. Die BürgerInnen konnten so etwa Widersprüche in der Argumentation der WissenschaftlerInnen ausmachen, wenn es darum ging, die eigene Forschung – je nach Diskussionszusammenhang – entweder als ‚reine Grundlagenforschung‘ oder als mögliche Lösung für ein gesellschaftliches Problem darzustellen. Diese Widersprüche waren für die BürgerInnen bedeutsam. Zum einen erkannten sie, dass die jeweiligen Positionierungen von den WissenschaftlerInnen strategisch eingesetzt wurden, um die (Un-)Möglichkeit der Übernahme von Verantwortung für Folgen der eigenen Forschung zu betonen und zum anderen wurde ihnen durch die detaillierten Einblicke in die Perspektiven der ForscherInnen klar, dass die Beurteilung der Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wesentlich komplexer war als ursprünglich angenommen. Allerdings führte der Lernprozess zwischen den Gruppen auch dazu, dass eventuelle Widersprüche und kontroverse Positionen innerhalb der Gruppe der BürgerInnen im Prozess der Positionierung gegenüber den WissenschaftlerInnen tendenziell nivelliert und unter den BürgerInnen nicht ausdiskutiert wurden. Dies und die erkannte Komplexität der Thematik führte dazu, dass die BürgerInnen gar nicht den Versuch unternahmten, eine pointierte gemeinsame Position zu entwickeln. In der Folge lehnten sie es auch ab, ein kollektives Abschluss-Statement zu verfassen, und delegierten die weitere Interpretation der Debatten an uns SozialwissenschaftlerInnen.

Die **biographisch orientierten leitfadengestützten Reflexionen** im Rahmen von *Living Changes in the Life Sciences* spannten wiederum einen thematisch und sozial deutlich anders strukturierten Rahmen auf. In einer Interviewsituation kann Positionierungsarbeit nicht im Austausch mit anderen Meinungen erfolgen, und die angeregten Lernprozesse bleiben damit notwendigerweise individuell. Dies war auch explizites Ziel, denn bestimmte Reflexionen zu veränderten Lebensbedingungen in der Wissenschaft wären in einem kollektiveren Setting kaum zur Sprache gebracht worden. Unsere Erfahrungen an den Runden Tischen hatten gezeigt, dass Bedingungen des Lebens und Arbeitens in der Wissenschaft gerade in hierarchisch heterogen strukturierten Gruppen kaum diskutierbar waren. Der Grund dafür lag allerdings nicht nur in den Hierarchien zwischen den Diskutierenden, sondern auch in der Tatsache, dass es im Forschungskontext gerade für jüngere ForscherInnen keine Orte gibt, an denen über Auswirkungen von systemischen Veränderungen in der Wissenschaft auf das eigene Leben und Arbeiten diskutiert wird, und sie somit auch auf keine Ressourcen für die Positionierungsarbeit zurück greifen können.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrung sollte durch die biographischen Reflexionen ein Raum entstehen, in dem individuelle Auseinandersetzung und Lernprozesse möglich werden. Ziel war es, eine vielfach mehr oder weniger unreflektierte Betroffenheit der LebenswissenschaftlerInnen durch Veränderungen im Wissenschaftssystem in eine reflektierte Betroffenheit überzuführen und somit auch Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Durch eine Strukturierung des Gesprächs zunächst entlang der persönlichen Karriere, dann entlang der eigenen epistemischen Entwicklung und schließlich nach den institutionellen Rahmungen, die in dieser Entwicklung durchlaufen wurden, wurde versucht, den unterschiedlichen Facetten des wissenschaftlichen Lebens und Arbeitens, aber auch den Verknüpfungen der verschiedenen Ebenen gerecht zu

Department of Social Studies of Science | University of Vienna 2010

werden. Durch wiederkehrende Aufforderungen, Elemente der eigenen Geschichte mit vergangenen oder potenziellen zukünftigen Entwicklungen zu vergleichen, wurden Anstöße zu einer kollektiven Verortung der individuellen Geschichte gegeben. Zeitlich spielt die mit zwei bis drei Stunden beträchtliche Länge des Interviews eine entscheidende Rolle, da im Rahmen eines solchen Zeitraumes auch Brüche und Widersprüche in der eigenen Erzählung sichtbar und thematisierbar werden. So kamen etwa ethische und soziale Fragen meist an vielen verschiedenen Punkten des Gesprächs als lose Elemente vor, ohne dass sich diese in eine bewusste kohärente Reflexion vor dem Hintergrund der eigenen Arbeit zusammenfügten. Eine in diesem Zusammenhang nicht unübliche Gesprächskonstellation war etwa, die Frage nach gesellschaftlichen Einflüssen auf die eigene Arbeit zu verneinen, da man eigentlich nur am Erkenntnisgewinn interessiert sei, um nur wenige Minuten später die eigene Forschung durch ihre gesellschaftliche Relevanz zu legitimieren. Das Sichtbar-werden dieser Widersprüche erlaubt einerseits analytisch reiche Einblicke in die Verknüpfung von wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Logiken, und ermöglicht andererseits den Befragten selbst neue Perspektiven auf ihre eigene Geschichte entwickeln. Zentral für das Anregen eines solchen Lernprozesses war auch die soziale Beziehung zwischen interviewender und interviewter Person. Anders als in klassischen Interviewsituationen wurde der/die interviewende SozialwissenschaftlerIn im Verlauf der Interviews immer stärker als *peer* wahrgenommen, d.h. als Person, die von ähnlichen Entwicklungen betroffen ist, und der man daher vertrauen kann. Sätze wie „Das wird ja bei Euch nicht viel anders sein.“ deuten eine solche versuchte Kollektivierung an, die für die interviewende Person eine methodische Herausforderung darstellen. Denn einerseits ist ein gewisses Maß an *peer-to-peer* Beziehung notwendig, um Vertrauen herzustellen, andererseits birgt dies auch die Gefahr, dass wichtige Erzählelemente als geteilt bekannt vorausgesetzt werden und damit implizit bleiben.

Sprechrollen und -positionen

„Warum bin/sind gerade ich/wir hier?“, war in allen drei Settings eine oft gestellte Frage der Teilnehmenden nach den Gründen für ihre Auswahl. Damit wurde von ihnen selbst explizit die Frage nach den Rollen in der Diskussion, aber auch nach den Positionen, von denen aus sie legitim sprechen können und sollen, aufgeworfen. Dies verweist darauf, dass Sprechrollen und -positionen keineswegs als selbstverständlich angesehen werden, sondern erst vor Ort ausgehandelt werden (müssen). Gerade aus sozialwissenschaftlicher Perspektive erscheint daher die Frage nach unterschiedlichen Erwartungen, der Koordination wechselseitiger Erwartungs-Erwartungen bezüglich der Sprechpositionen und der damit gekoppelten impliziten Anforderungen an die Teilnehmenden in den unterschiedlichen methodischen Settings zentral.

Drei Ressourcen für die Konstruktion einer Sprechposition waren in unseren Settings von besonderer Bedeutung: (1) *Betroffenheit* wurde als Verweis auf einen lebensweltlichen Bezug zum Thema/Objekt verstanden, das zur Diskussion steht; (2) *Erfahrung* hingegen bedurfte keines unmittelbaren Bezugs zum diskutierten Thema, sondern konnte durch Analogieschlüsse etwa auf professionelle Erfahrungen oder auf kulturell geteilte Mythen rekurrieren und damit einen Beitrag zur Positionierungsarbeit leisten. (3) *Wissen* als dritte von uns analysierte Ressource wurde *per definitionem*

immer als kollektiv gültig konstruiert und bezog aus dieser Annahme auch seine Autorität.

Ein anschauliches Beispiel für den sehr unterschiedlichen Einsatz der drei Ressourcen bieten die **biographisch orientierten leitfadengestützten Reflexionen**. Zu Beginn der Gespräche begaben sich die WissenschaftlerInnen meist in den Modus eines ExpertInneninterviews, d.h. sie sahen sich als über Wissen über das System Wissenschaft verfügend, welches für uns SozialwissenschaftlerInnen von Interesse war. Dies führte in der ersten Gesprächsphase meist zu einem relativ sicheren Gesprächsverhalten, aber auch zu einer eher faktenzentrierten Form der Erzählung. Erfahrung und Betroffenheit spielten zwar eine Rolle, blieben aber im Vergleich zum Wissen anfangs marginal.

Graduell führte der Gesprächsleitfaden und der durch ihn eröffnete Reflexionsraum dazu, dass immer mehr die ‚Lebenswelt Forschung‘ und damit persönliche Erfahrungen und Einschätzungen in den Vordergrund rückten und den WissenschaftlerInnen völlig neue Ordnungs- und Interpretationsarbeit abverlangten. Dies gestaltete sich zum Teil aufwändig, da durch das Fehlen institutionalisierter Reflexionsräume zu diesen Themen auch keine eingeübten Sprechrollen und -positionen vorhanden waren, auf die man zurückgreifen hätte können. Im Laufe des Gespräches wurde für die WissenschaftlerInnen sukzessive deutlich, dass die ExpertInnenrolle nicht so leicht auf den Kontext ‚Erfahrungswelt Forschung‘ umgelegt werden konnte. Der/die SozialwissenschaftlerIn wurde gleichzeitig immer stärker zu einem/r ExpertIn, der/die die notwendigen Anleitungen für eine Selbstreflexion bereitstellen konnte. Fragen wie „Was sagen denn die anderen dazu?“, Anmerkungen wie „Darüber habe ich noch nie nachgedacht“, oder die Verwendung eines wesentlich spekulativeren Vokabulars als in der Anfangsphase veranschaulichten diesen Wandel.

Anfänglich individuellere Beschreibungen gingen graduell in eine kollektivere Ebene der Beobachtung und Reflexion über. Durch die Einordnung eigener Erfahrungen und persönlicher Betroffenheiten in allgemeinere Systembeschreibungen gewannen diese Beobachtungen für die Konstruktion einer legitimen Sprechposition an Bedeutung. Die Gesprächsführung ermächtigte die ForscherInnen schließlich aus einer neuen Perspektive über systemische Problemfelder zu sprechen und eröffnete damit für sie zumindest diskursiv neue Möglichkeiten, die identifizierten Veränderungen zu reflektieren und gestaltend nachzudenken.

Im Kontext der **Fokusgruppen** zu biomedizinischen Technologien wurden Sprechrollen bis zu einem gewissen Grad durch uns als OrganisatorInnen vorgegeben oder nahe gelegt. Dies geschah etwa dadurch, dass wir die TeilnehmerInnen baten, sich auf dem Bewerbungsbogen in die Kategorien ‚betroffen‘ oder ‚nicht-betroffen‘ einzuordnen, und die Form ihrer Betroffenheit näher zu spezifizieren, unter der Annahme, dass Betroffenheit oder Nicht-Betroffenheit einen großen Unterschied für die jeweilige Positionierungsarbeit machen würden.

In den konkreten Diskussionen wurde dann allerdings deutlich, dass die Trennung von Betroffenen und Nicht-Betroffenen je nach ihrer Selbstzuschreibung keineswegs Diskussionsräume erzeugte, die in Bezug auf den Einsatz verschiedener Ressourcen homogen gewesen wären. Denn der Begriff der Betroffenheit erwies sich als extrem variabel, wobei Fremd- und Selbstzuschreibungen oft nicht deckungsgleich

waren. Unterschiedlich wahrgenommene Grade individueller Betroffenheit führten in der Folge zu unterschiedlichen Sprechpositionen in der Gruppe, wobei die Performanz einer manifest verkörperten, emotional aufgeladenen Betroffenheit besonders starke Auswirkungen auf die Diskussionsdynamik zeigte. So wurden etwa die Argumente einer im Rollstuhl sitzenden Krebspatientin von den anderen TeilnehmerInnen kaum kritisch debattiert, sondern eher umgangen, obwohl sie offensichtlich gegen die dominante Position der Gruppe argumentierte. Damit wird deutlich, dass Betroffenheit erst in der konkreten Konstellation an Bedeutung erlangt. Sie wird im Kontext eines partizipativen Settings nicht nur zu einer Ressource, die einen Zugang zu bestimmten Themen eröffnet, sondern die in manchen Konstellationen auch zu frühzeitigen Schließungen führen kann.

Interessanterweise war es für die Legitimität einer Sprechposition kaum von Bedeutung, ob aus einer individuellen Betroffenenrolle heraus gesprochen wurde, oder ob sich eine Person als RepräsentantIn eines Kollektivs von Betroffenen (z.B. Selbsthilfegruppe) positionierte. Dies ist insofern überraschend, als in allen anderen Settings als kollektiv konstruierte Ressourcen wie Erfahrung oder Wissen durchgängig wirkmächtiger waren als rein individuelle Perspektiven. Eine Erklärung hierfür könnte die weitgehende öffentliche Unsichtbarkeit kollektiver Formen von Betroffenheit und vor allem ihr geringer politischer Vertretungsanspruch im österreichischen Kontext sein. Dies wäre also ein Verweis auf die Bedeutung des breiteren kulturellen Kontextes für die Konstruktion von Sprechrollen und -positionen, ein Punkt auf den wir später noch zurückkommen werden. Insgesamt lässt sich für die Betroffenengruppe festhalten, dass Betroffenheit und Erfahrung weitgehend deckungsgleich verwendet und Wissen vielfach implizit als über Betroffenheit erworben angesehen wurde. Damit fand in diesem Kontext mehr oder weniger eine Gleichsetzung der drei Ressourcen statt.

In der Gruppe derjenigen, die sich selbst keine Betroffenheit zuschrieben, spielte hingegen Wissen und vor allem die Performanz des Verfügens über Wissen als Ressource bereits in den kurz gefassten Bewerbungsstatements eine zentrale Rolle, da die Teilnehmenden erwarteten, dass diese Ressource für unsere Auswahl entscheidend wäre. In diesen Erwartungs-Erwartungen spiegelt sich damit der breitere politisch-kulturelle Kontext wider. Eine Mindestausstattung an Wissen wird darin als Voraussetzung für das Einnehmen einer Position zu technowissenschaftlichen Entwicklungen angenommen, um als *scientific citizen* (Irwin 2001) legitimerweise die Möglichkeit der Teilhabe an potenziell entscheidungsrelevanten Diskussionen zu haben.

Für die Frage, welche Sprechpositionen innerhalb einer bestimmten politischen Kultur als erkennbar und legitim gelten, ist eine weitere Beobachtung aus den Fokusgruppen von Interesse. Trotz expliziter Rekrutierungsbemühungen war es kaum möglich, Teilnehmende mit Migrationshintergrund und aus nicht-christlichen Religionen für die Diskussion zu gewinnen. Der Grund dafür könnte etwa in der fehlenden Passform partizipativer Settings mit Vorstellungen des politischen Teilhabens liegen, die in gegebenen MigrantInnen- bzw. nicht-christlichen Religionsgemeinschaften existieren³. Dies macht es den Mitgliedern dieser Gemeinschaften schwer, ihre eigene Rolle

³ Diese Hypothese basiert auf Interviews mit VertreterInnen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften, die in einem Wiener Krankenhaus PatientInnen religiös betreuen.

in diesen ELSA-Settings zu imaginieren, selbst wenn sie auf die Ressourcen Betroffenheit, Wissen und Erfahrung zurückgreifen könnten.

Die **Runden Tische** wurden von uns als ein Reflexionsraum geplant, in dem grundlegend unterschiedliche Sprechpositionen durch die gleichzeitige Anwesenheit von Mitgliedern der breiteren Öffentlichkeit und von LebenswissenschaftlerInnen gegeben sein sollten. Damit war von Anfang an eine Konfrontation sehr heterogener Umgangsformen mit den Ressourcen Erfahrung, Betroffenheit und Wissen zu erwarten. Genau dadurch – so unsere Hoffnung – würden die unterschiedlichen Relevanzwelten sichtbar werden und damit möglicherweise auch wechselseitige Lernprozesse angeregt werden.

Nicht ganz unerwartet war wissenschaftliches Wissen als Ressource zentral für den Diskussionsverlauf. Gleichzeitig erwarteten wir aber auch, dass eine potenzielle Betroffenheit der BürgerInnen in Bezug auf Fettstoffwechselprobleme einen Zugang zu den ethischen und sozialen Aspekten der Genomforschung in diesem Bereich erleichtern und eine wesentliche Ressource in der Diskussion darstellen würde. So hatten mehrere BürgerInnen bei ihrer Bewerbung Betroffenheit als Begründung ihres Interesses an der Teilnahme angeführt, obwohl dies als Kategorie nicht auf dem Bewerbungsbogen vorzufinden war. Allerdings spielte dies interessanterweise im konkreten Diskussionsverlauf in diesem direkten Sinn – also bezogen auf Fettstoffwechselerkrankungen – kaum mehr eine Rolle. Zum einen ließe sich diese Abwesenheit dadurch erklären, dass Wissen und wissenschaftliche Expertise durch die Anwesenheit der WissenschaftlerInnen eine zentrale Rolle erhielten. Zum anderen waren die Teilnehmenden selbst – ähnlich wie in den Fokusgruppen – überzeugt, dass es wesentlich wäre, sich zuerst ausreichend Wissen über die Forschung anzueignen, bevor man legitim mitsprechen könnte. Die so etablierte Ordnung nahm allerdings durch die Längerfristigkeit des Prozesses der Auseinandersetzung eine interessante Wende. Durch die Kommunikation mit den WissenschaftlerInnen lernten die BürgerInnen Wissenschaft immer mehr nicht nur als abstrakte Produktionsinstanz von Wissen kennen, sondern auch als ein soziales Arbeitsumfeld, das in mancherlei Hinsicht mit ihren eigenen professionellen Erfahrungen vergleichbar war. Dadurch konnten auch neue Ressourcen in die Debatte eingebracht werden, die die Dominanz wissensbasierter Argumentationen bis zu einem gewissen Grad schwächten.

Während es den BürgerInnen im Verlauf der Diskussion gelang, Erfahrung als Ressource zu nutzen und sich immer wieder neue Positionen und Rollen temporär anzueignen – der/die SteuerzahlerIn, der/die PatientIn, der/die Berufstätige, der/die besorgte BürgerIn usw. – war es für die WissenschaftlerInnen ungleich schwieriger, auf diese Repertoires zurückzugreifen, da sie sich selbst stark auf die ExpertInnenposition fixierten und dies vielfach von den BürgerInnen auch noch verstärkt wurde. Die Problematik dieser relativ einschränkenden Positionierung wurde in der Debatte um ethische Fragestellungen in Bezug auf ihre Forschung besonders deutlich: Es dauerte relativ lange, bis ethische Fragen rund um Tierversuche auf einer persönlichen Ebene von den WissenschaftlerInnen thematisiert werden konnten. Gerade diese Thematisierung auf der Erfahrungsebene war aber zentral für die Beziehung der beiden Gruppen. Erst das Zeigen von Emotionen gegenüber Versuchstieren wurde von den BürgerInnen als ein angemessener Umgang mit dem komplexen Thema angesehen und ermöglichte diesbezüglich eine Entspannung in der Beziehung zwischen beiden Gruppen. Die

Schwierigkeit der WissenschaftlerInnen, erfahrungsbezogene Ressourcen in der Interaktion mit den BürgerInnen zu verwenden, ist besonders bemerkenswert, als sie in Diskussionen ohne Beteiligung der BürgerInnen recht selbstverständlich auf diese zurückgriffen.

Kontexte und Adressaten der Reflexion

Wie wurden die diskutierten partizipativen Settings von den Teilnehmenden in Bezug auf eine breitere *governance* techno-wissenschaftlicher Entwicklungen, und damit in einer konkreten techno-politischen Kultur, verortet? Den drei Settings ist gemein, dass die Teilnehmenden Schwierigkeiten hatten, den Diskussionsraum selbst und die in ihm produzierten Reflexionen in einem weiteren Kontext zu verorten. Dies äußerte sich einerseits in wiederholten Fragen nach den Finanziers der Projekte, die dann meist mit Vermutungen über die politischen Intentionen dieses Akteurs – und damit des Settings selbst – verbunden wurden. Andererseits waren die Teilnehmenden nicht in der Lage, konkrete Adressaten für die von ihnen produzierten Reflexionen zu identifizieren.

Um zu diskutieren, wie die Teilnehmenden die **Fokusgruppen** in einem weiteren gesellschaftlichen Kontext verorteten, ist zunächst wesentlich zu verstehen, welche Abgrenzungsarbeit diese von einer breiteren Öffentlichkeit vornahmen. Die Teilnehmenden positionierten sich als informierter als die allgemeine Öffentlichkeit und sahen sich daher auch nicht als repräsentativ an. Dennoch hatten sie detaillierte Ansichten zur Frage wie die gesellschaftliche Steuerung technologischer Entwicklungen ablaufe und welche Rolle die Öffentlichkeit darin spiele/spielen sollte. Interessanterweise waren diese Vorstellungen für die beiden diskutierten Technologien – Organtransplantation und postnatale Gentests – grundlegend verschieden (Felt et al. 2008). Daraus wird deutlich, wie sehr die zur Debatte stehende Technologie die Art und Weise strukturierte, wie die Teilnehmenden über Steuerungsmechanismen und insbesondere die Rolle der Öffentlichkeit nachdachten. Die Regulierung von Organtransplantation wurde vor allem im nationalen Kontext diskutiert und die Teilnehmenden sahen im österreichischen Staat den zentralen Akteur, der die Öffentlichkeit bewusst im Unklaren über die bestehende gesetzliche Regelung⁴ halte, aber sich gleichzeitig auch um die medizinische Versorgung der BürgerInnen kümmern würde. Damit wurde die Öffentlichkeit zwar als unwissend und aus der Steuerung der Technologie ausgeschlossen konstruiert, aber auch als potentielle Gefahr für das gute Funktionieren der geltenden Regelung gesehen, sollte sie sich der bestehenden Situation bewusst werden. Im Gegensatz dazu skizzierten die Teilnehmenden der Gentest-Gruppen die politische Steuerung dieser Thematik als eine, die in globalen Kontexten zu verorten sei, und in der vor allem nicht einfach zu identifizierende ökonomische Interessen eine Schlüsselrolle spielten. Der österreichische Staat wurde in diesem Zusammenhang als völlig machtlos gesehen, während die Öffentlichkeit als von mächtigeren Akteuren etwa über mediale Berichterstattung manipulierbar konstruiert wurde. Je nachdem, ob es sich um eine klassische objektzentrierte Technologie wie Organtransplantation handelte, oder um eine Technologie wie postnatale Gentests, die vornehmlich Wissen

⁴ Die sog. Widerspruchslösung besagt, dass jeder Person auf österreichischem Staatsgebiet nach festgestelltem Hirntod Organe zur Transplantation entnommen werden können, sofern kein expliziter schriftlicher Widerspruch deponiert worden ist.

und Informationen über Menschen erzeugt, wurden Partizipations- und Steuerungsmöglichkeiten unterschiedlich diskutiert und beurteilt. In beiden Fällen fiel es den Teilnehmenden schwer zu imaginieren, welchen Einfluss Partizipation auf die gesellschaftliche Steuerung der jeweiligen Technologien haben könnte.

Anders als die Fokusgruppen legte das Setting der **Runden Tische** kollektivere Formen der Meinungsbildung nahe, etwa in Form der von uns eingeräumten Möglichkeit eines kollektiven Abschluss-Statements. Die Gruppe machte von dieser Möglichkeit allerdings nicht Gebrauch, da es ihnen schwer fiel zu verorten, wo ein Abschlussstatement wirklich aufgenommen werden würde und zu welchen Formen der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung es beitragen könnte. Auch hier hing die Steuerungsvorstellung eng mit dem diskutierten Thema zusammen. Für bestimmte eng definierte forschungsethische Themen, wie etwa Tierversuche, vertrauten die BürgerInnen weitgehend der Selbststeuerungsfähigkeit der WissenschaftlerInnen innerhalb existierender gesetzlicher Rahmungen. Sobald es aber um generellere gesellschaftliche Auswirkungen des Wissens ging, erwies sich die Situation als weitaus komplexer. Den BürgerInnen erschien die gesellschaftliche Steuerung techno-wissenschaftlicher Entwicklung als ein opakes Netzwerk von Akteuren – nicht unähnlich den Teilnehmenden an den Fokusgruppen zu Gentests. Dabei wurde nationalstaatliche Politik als ein Akteur gesehen, der weder das Interesse noch die Mittel habe, in die Dynamik der Wissensproduktion und in deren soziale und ethische Implikationen einzugreifen. Die WissenschaftlerInnen allerdings, welche die BürgerInnen am ehesten als AdressatInnen eines potenziellen Statements sahen, lehnten eine breitere Verantwortung für ihre Forschung mit dem Verweis auf ihre Rolle als GrundlagenforscherInnen kategorisch ab.

Darüber hinaus äußerten die Teilnehmenden auch Bedenken, im Namen einer wie auch immer gearteten breiteren Öffentlichkeit zu sprechen, und damit gleichsam einen Raum zu besetzen, zu dem andere, nicht präsenste Akteure ebenso relevante Beiträge liefern könnten. Den Teilnehmenden war ihre eigene Rolle in Relation zu anderen Formen und Repräsentationen von Öffentlichkeit unklar. Dies führte wieder latent dazu, die weitere Verortung der geäußerten Meinungen ‚den ExpertInnen‘, also den organisierenden SozialwissenschaftlerInnen, zu überlassen.

Im Rahmen der **biographisch orientierten leitfadengestützten Reflexionen** waren Fragen des Zusammenwirkens wissenschaftlicher Praxis mit politischen Rahmungen sowie der politischen und gesellschaftlichen Implikationen der eigenen Arbeit am schwersten zu thematisieren. In so gut wie allen Fällen konnten die Befragten solche politischen Steuerungsprozesse weder skizzieren noch einschätzen. Während es ihnen gelang, für Fragen ihrer Karrieren oder epistemischer Entwicklungen von der eigenen Befindlichkeit zu abstrahieren und diese in Bezug zu breiteren Debatten zu setzen, funktionierte dies bei gesellschaftsbezogenen Themen kaum. Viele GesprächspartnerInnen betonten einerseits die Selbststeuerungsfähigkeit der Wissenschaft sowie andererseits die Verantwortung von Politik und Gesellschaft, über die Implikationen des erzeugten Wissens zu befinden. Damit wurde Wissenschaft als System imaginiert, welches innerhalb seiner Grenzen eine Kapazität zur autonomen Reflexion und Entscheidung bezüglich ethischer und sozialer Dimensionen des Forschungshandelns besitzt. Diese Annahme einer Selbststeuerungsfähigkeit der Wissenschaft basiert in den Erzählungen meist auf dem Mythos einer ‚systemischen Vernunft‘, die allerdings

an keinem konkreten institutionellen oder sozialen Ort festmachbar scheint. Als Evidenz für diese These wurde auf historische Beispiele wie die Asilomar-Konferenz 1975 als Prototyp der Selbstregulierung der Lebenswissenschaften verwiesen. Hinweise auf ähnliche Vorgänge oder gar institutionelle Orte in den heutigen Lebenswissenschaften finden sich so gut wie nicht. Diese Befunde deuten darauf hin, dass das Sprechen über die Verortung des eigenen Handelns zu weiteren gesellschaftlichen Zusammenhängen in der alltäglichen Praxis der Lebenswissenschaften kaum eingeübt wird und auch keinen institutionellen Ort hat.

Dies deckt sich mit Beobachtungen, die wir zur Rolle von ELSA-Themen in der Sozialisation in den Lebenswissenschaften machen konnten. Zum einen werden einschlägige Lehrangebote sowohl in den Studienplänen als auch in der Praxis als klar von den naturwissenschaftlichen Kernfächern getrenntes Zusatzangebot gerahmt. Andererseits sind sie meist am Anfang des Studiums verortet und werden in Form von wenig interaktiven Vorlesungen und in thematischer Nähe zu anderen zu erwerbenden *soft skills*, wie Präsentationstechniken, angesiedelt. Der Grundzugang ist daher kaum der einer mit der konkreten Forschungspraxis verknüpften prozesshaften Reflexion, sondern eher der des Erlernens eines oft recht praxisfernen, abfragbaren ethischen Grundwissens.

Des Weiteren waren in den Gesprächen selbst eine Vielzahl von Faktoren zu beobachten, die Reflexion im Allgemeinen und kollektivere Reflexion im Besonderen aus der Perspektive der ForscherInnen zum ‚Luxusgut‘ werden lassen. Als wesentliche Faktoren⁵ dafür sind die immer höhere Zentralität ‚objektiver‘ Messbarkeit wissenschaftlichen Outputs im Rahmen einer Audit-Logik zu nennen, im Rahmen derer Tätigkeiten, die nicht direkt verbuchbaren Output produzieren (wie Forschungsethik), zu einem Wettbewerbsnachteil werden. Mit zunehmender Outputorientierung geht auch eine Veränderung temporaler Strukturen und Praktiken einher. Zeit, die nicht direkt einem Zweck oder Output zugeordnet ist, nimmt gegenüber zielgerichteter Zeit stetig ab. Die Konkurrenz um akademische Arbeitsplätze mit längerfristiger Perspektive steigt gerade in den Lebenswissenschaften rapide an, wodurch vor allem in der Wahrnehmung von JungwissenschaftlerInnen ‚unproduktive‘ Tätigkeiten wie die Reflexion der eigenen Praxis zu einem riskanten Investment werden können. All dies macht eine eventuelle Erweiterung des Reflexionsraums über die zeitlichen und sozialen Grenzen des biographischen Einzelinterviews hinaus schwierig und stellt weit mehr als nur eine methodische Herausforderung dar, da damit zentrale Elemente der derzeitigen Wissensproduktionskultur in den Lebenswissenschaften berührt werden.

III. Abschließende Überlegungen: Partizipation, Methodenpolitik und die Verantwortung der ELSA-Forschung

In unseren abschließenden Überlegungen wollen wir die Frage der methodenpolitischen Dimension partizipativer ELSA-Forschung diskutieren. Fünf Beobachtungen sind hierbei zentral.

⁵ Siehe Felt/Fochler 2010a für eine detaillierte Diskussion.

Erstens hat unsere Analyse auf die Bedeutung von lokalen techno-politischen Kulturen für die partizipative ELSA-Forschung hingewiesen. Jedes partizipative Setting wird von den Teilnehmenden implizit auf seine Passform mit einem gegebenen gesellschaftlichen Kontext hinterfragt. Dies kann sich konkret in Fragen nach den potentiellen Adressaten der Ergebnisse der Diskussionen, nach den Finanziers solcher Projekte oder nach erfolgreichen Beispielen von Entscheidungsprozessen, in denen Partizipation eine Rolle gespielt hat, manifestieren. In Bezug auf die in diesem Artikel vorgestellten Settings kann man festhalten, dass die Teilnehmenden große Schwierigkeiten hatten, ihre Rolle und die Rolle des Verfahrens in einem weiteren politischen Kontext zu verorten und eine Vorstellung zu entwickeln, für und zu wem sie in diesem Rahmen sprechen könnten. Diese Beobachtung deckt sich mit rezenten Diagnosen in der Wissenschaftsforschung (vgl. Wynne 2008), die betonen, dass im Rahmen von partizipativen Verfahren „eingeladene“ Öffentlichkeiten – im Gegensatz zu „uneingeladenen“ Öffentlichkeiten wie etwa Bürgerinitiativen – oft Schwierigkeiten haben, eine eigene Position zu einem Thema jenseits der von ExpertInnen vorgegebenen Rahmungen zu entwickeln.

Die techno-politische Kultur gibt aber auch die Rahmung für im Kontext eines partizipativen Verfahrens essentielle Fragen vor wie etwa, worum es eigentlich in der Debatte gehen kann oder welche Sprechpositionen überhaupt denkbar erscheinen. Die Fokusgruppen zu zwei unterschiedlichen biomedizinischen Technologien zeigten darüber hinaus, dass techno-politische Kulturen zwar gewisse Basisstrukturen besitzen, aber dennoch verschiedene Technologien je sehr unterschiedlich rahmen können. Aus den hier berichteten Erfahrungen heraus scheint es daher wesentlich, sowohl die Rolle von nationalstaatlichen Rahmungen in Form von techno-politischen Kulturen als auch ihre Interaktion mit den Spezifika des jeweiligen Themas nicht zu unterschätzen und expliziter mit in die Auswahl von Verfahren und die Interpretation von Daten einzubeziehen.

Zweitens hat unsere Analyse der drei Settings die methodenpolitische Bedeutung von Zeitlichkeit mit Nachdruck verdeutlicht. Zwei unterschiedliche **Dimensionen von Zeit** wurden hier sichtbar: (1) die Dauer (Lang- oder Kurzfristigkeit); (2) der Moment der Partizipation im Innovationsprozess. Was den ersteren Aspekt betrifft, so lässt sich feststellen, dass kurzfristig angelegte Verfahren wie Fokusgruppen eher breitere Teilnahme möglich machen, da die individuelle zeitliche Verpflichtung gering bleibt. Darüber hinaus nehmen die Teilnehmenden in kürzeren Treffen auch durchaus kritische Positionen ein, da das Treffen nur als punktuell wahrgenommen wird und somit auch keine nachhaltigen sozialen Beziehungen zu den anderen Teilnehmenden entstehen. Längerfristigkeit wiederum ermöglicht eine reflexive Verortung der eigenen Sprechposition und des Verfahrens an sich in einem breiteren Kontext, sowie wechselseitiges Lernen und die Weiterentwicklung von Positionen. Eine zentrale Herausforderung im Kontext längerfristiger Diskussionen ist allerdings, die auftretenden sozialen ‚Zähmungseffekte‘ so gering wie möglich zu halten. Der Konsens (Horst/Irwin 2010), der in vielen Verfahren als erstrebenswert gilt, kann dabei zu einem wesentlichen Hindernis werden, wenn es darum geht, pointierte und kritischere Positionen einzunehmen. Dieses Argument, dass Zeitspanne und kritische Positionierungsmöglichkeit miteinander in Beziehung stehen, gilt auch für die beschriebenen reflexiven Gespräche mit WissenschaftlerInnen. Je länger die Gespräche dauerten, um so eher bewegten sich die Interviewten von einer ExpertInnenposition weg und begannen

kritisch auch die eigene Position zu hinterfragen. Allerdings kam es im Verlauf des Gesprächs auch zum Aufbau von *peer-to-peer* Beziehungen zwischen den beiden Gesprächspartnern, in denen gewisse Elemente als gemeinsam bekannt angenommen und daher nicht mehr explizit gemacht wurden.

Der Moment im Innovationsprozess, an dem partizipative ELSA-Forschung stattfindet, verändert nachhaltig den Reflexionsprozess. Je früher die Reflexion im technologischen Entwicklungsprozess angesiedelt ist, umso mehr Imaginations- und Extrapolationsleistung muss erbracht werden, was die Möglichkeiten der einzelnen Teilnehmenden – je nach Ressourcenlage – einschränken kann. An den Runden Tischen war es bemerkenswert festzustellen, dass die BürgerInnen erst eine Anwendung erfinden mussten – die ‚Fettpille‘ –, um überhaupt über potenzielle Auswirkungen der Genomforschung auf die Gesellschaft sprechen zu können. Dies verweist darauf, dass das gesellschaftliche Repertoire, mit dem zukünftige wissenschaftliche und technologische Entwicklungen imaginiert und nach ihren Implikationen befragt werden können, äußerst begrenzt zu sein scheint. Aber auch für die teilnehmenden WissenschaftlerInnen erschien die Konstruktion einer Sprechposition zu dieser Art von ELSA-Fragen schwierig, da die derzeitige Kultur und Praxis des Arbeitens in den Lebenswissenschaften nur wenig Raum für die Übung von Reflexion lässt. Partizipative Verfahren, wie die im Rahmen dieses Artikels beschriebenen, können hier zu einem *empowerment* beitragen, sofern sich die OrganisatorInnen bewusst sind, dass es dabei zentral auch um die Entwicklung von Imaginations- und Sprechfähigkeiten innerhalb der Settings geht, und nicht nur um die Repräsentation bestehender, quasi ‚mitgebrachter‘ Positionen.

Unsere dritte Schlussfolgerung ist, dass die zu diskutierenden Themen und die Sprechpositionen, die Teilnehmende in Bezug auf diese einnehmen können, immer ko-produziert sind. Weder Sprechpositionen noch thematische Rahmungen und Fragestellungen können vorausgesetzt und mit einer standardisierten Methodologie einfach repräsentiert werden. Jeder Aufruf zur Teilnahme, jedes Einleitungsstatement, jede Intervention der Moderation sind immer schon eine Rahmung, die bestimmte Positionen offensichtlicher macht als andere. Daher ist es wesentlich die **ontologische Politik** (Mol 2002) innerhalb solcher/durch solche Settings zu berücksichtigen. Es geht also darum zu verstehen, dass innerhalb einer Methode als denkmöglich Erscheinendes nicht gegeben ist, sondern im Setting selbst erst hergestellt wird. Innerhalb der Diskussionsräume werden also nicht einfach vorgegebene Realitäten und ihre Ordnungen reflektiert – die Frage, wer in welcher Form ‚betroffen‘ ist, ist hier ein sehr anschauliches Beispiel –, sondern diese Realitäten und Ordnungen werden erst in der Diskussion und beeinflusst durch die Rahmung der Methode und der technopolitischen Kultur ausgehandelt. Damit sind auch die zu diskutierenden Probleme nicht einfach gegeben, sondern werden in den Diskussionen hervorgebracht und erlangen bisweilen ein Leben jenseits von diesen. Dies bedeutet aber auch, dass jede methodische Entscheidung immer auch eine Form ontologischer Politik ist und damit auch die Frage der Verantwortung aufwirft.

Viertens lässt sich aus den Beobachtungen schließen, dass partizipative Settings nicht einfach Öffentlichkeiten repräsentieren, sondern vielmehr als **politische Maschinerien** zu verstehen sind, die kontingente **Repräsentationen von Wissenschaft**

und Öffentlichkeit über die Grenzen des Settings hinaus im öffentlichen Raum und im politischen Diskurs **erzeugen** (Felt/Fochler 2010c). Die konkrete Form dieser Repräsentation ist, wie wir zu zeigen versucht haben, eng mit der Ausgestaltung der Auseinandersetzungsräume verbunden. Dies führt uns zur Frage, wem in welcher Form in diesen Kontexten Stimme gegeben wird, und wer durch explizite oder implizite Mechanismen ausgeschlossen bleibt, sei es durch eine negative Selbstselektion oder weil die angebotenen Sprechrollen keinen kulturellen Wiedererkennungswert besitzen. Für eine methodenpolitische Reflexion partizipativer Verfahren ist es daher zentral einerseits explizit zu machen, welchen potentiellen Öffentlichkeiten keine Stimme gegeben wird und welche Aspekte und Teile einer Gesellschaft damit ausgeschlossen bleiben. Andererseits ist es aber mindestens ebenso zentral zu reflektieren, in welcher Form und durch wen Wissenschaft in diesen Kontexten repräsentiert wird.

Dies bringt uns, viertens, zur Frage, wie sehr ein partizipatives Setting die Möglichkeit beinhaltet, auch **kollektive Positionen** jenseits individueller Meinungsbildung **zu entwickeln**. Anders formuliert könnte man methodenpolitisch fragen, ob es hier um eine kollektive Form des Experimentierens mit Fragen von Wissenschaft und Gesellschaft geht, oder eher darum, dass Einzelpersonen im selben Raum Überlegungen zu einem Thema anstellen, wobei diese aber weitgehend unverschränkt bleiben. Damit wird aber auch die zentrale Herausforderung von Partizipation nicht aufgegriffen, nämlich über eine gemeinsame Positionierung zu einem Thema zu verhandeln. Wir können bei allen drei Fallbeispielen festhalten, dass das Fehlen einer Vorstellung, zu wem man auf einer politischen Ebene eigentlich spricht, gemeinsam mit gewissen Konfliktvermeidungstendenzen dazu führte, dass kollektivere Formen des Lernens von den Teilnehmenden nicht wirklich als erkennbares Ziel gesehen wurden. Dadurch konzeptualisierten die meisten Teilnehmenden Lernen eher als individuellen Prozess und richteten die Form ihrer Teilnahme danach aus, diesen zu optimieren. Individuelle Ziele standen damit klar im Vordergrund gegenüber politischeren Agenden, wie etwa partizipativ zu einer breiteren gesellschaftlichen Diskussion und Entscheidungsfindung bezüglich einer bestimmten technowissenschaftlichen Entwicklung beizutragen. Dies bedeutet, dass es Formate zu entwickeln gilt, in denen kollektiveres Nachdenken einerseits gefördert und andererseits an den breiteren Kontext der jeweiligen technopolitischen Kultur anschlussfähig wird.

All dies verweist, fünftens, auf die zentrale Rolle der *experts of community*, die diese Verfahren durchführen und dabei wesentliche methodenpolitische Entscheidungen treffen. Sieht man dies im Licht der eingangs getätigten Feststellung, dass wir derzeit einen wahren Boom in der ELSA-Forschung erleben und Partizipation – zumindest diskurspolitisch – zum Goldstandard erhoben wurde, so drängt sich die Frage der Qualität und Verantwortung dieser Forschung in besonders nachdrücklicher Weise auf. Es geht also darum, dass ELSA-Forschung nicht einfach zum „Schmiermittel zwischen Wissenschaft und Gesellschaft“ (Rip 2009, 666) werden sollte, sondern dass sie vielmehr einen Beitrag leisten könnte, reflexive Auseinandersetzungen mit Wissenschaft und Gesellschaft in unterschiedlichen Akteurkonstellationen zu ermöglichen. Wenn letzteres unsere Erwartung an ELSA-Forschung ist, dann erfordert die Rolle einer *expert of community* an der Schnittstelle von Wissenschaft und Gesellschaft Reflexionsfähigkeit sowie eine Vielzahl zusätzlicher Kompetenzen. ‚Standardpartizipation‘ nach Rezeptbuch, einer einfachen *best practice*-Ideologie folgend, scheint aus

dieser Perspektive kaum sinnvoll bzw. konterproduktiv – auch wenn sich hierfür ein blühender Markt zu entwickeln scheint.

Literatur:

- BMWV (Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr). 1999. *Grünbuch zur österreichischen Forschungspolitik*. Wien: Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr.
- Bogner, Alexander. 2004. *Partizipative Politikberatung am Beispiel der BürgerInnenkonferenz 2003 (Analyse). Endbericht im Auftrag des Rats für Forschung und Technologieentwicklung und des Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds*. Wien: Institut für Technikfolgenabschätzung, ÖAW.
- Abels, Gabrielle and Bora, Alfons. 2004. *Demokratische Technikbewertung*. Bielefeld: transcript.
- Dryzek, John and Tucker, Aviezer. 2008. Deliberative Innovation to Different Effect: Consensus Conferences in Denmark, France, and the United States. *Public Administration Review* 68(5): 864-876.
- Felt, Ulrike and Fochler, Maximilian. 2008. The Bottom-up Meanings of the Concept of Public Participation in Science and Technology. *Science and Public Policy* 35(7): 489-499.
- Felt, Ulrike and Fochler, Maximilian. 2010a. Riskante Verwicklungen des Epistemischen, Strukturellen und Biographischen: Governance-Strukturen und deren mikropolitische Implikationen für das akademische Leben. In: *Steuerung von Wissenschaft? Governance des österreichischen Innovationssystems*, hrsg. P. Biegelbauer, S. 297-328. Innsbruck: Studien-Verlag.
- Felt, Ulrike and Fochler, Maximilian. 2010b. Slim futures and the fat pill. Civic imaginations of innovation and governance in an engagement setting. Accepted with revisions at *Science as Culture*. Preprint available at <http://sciencestudies.univie.ac.at/publikationen/>
- Felt, Ulrike and Fochler, Maximilian. 2010c. Machineries for Making Publics: Inscripting and Describing Publics in Public Engagement, Manuscript under review. Preprint available at <http://sciencestudies.univie.ac.at/publikationen/>
- Felt, Ulrike, Fochler, Maximilian and Strassnig, Michael. 2003. *Evaluierung des „Diskurstag Gen-Diagnostik“. Analyse der dialogischen Wechselwirkung zwischen Wissenschaft und verschiedenen Öffentlichkeiten. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur*. Wien: Institut für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung, Arbeitsgruppe Wissenschaftsforschung, Universität Wien.
- Felt, Ulrike, Fochler, Maximilian and Winkler, Peter. 2009 [Felt et al 2009a]. Coming to Terms with Biomedical Technologies in Different Technopolitical Cultures. A Comparative Analysis of Focus Groups on Organ Transplantation and Genetic Testing in Austria, France, and the Netherlands. *Science, Technology, & Human Values*, OnlineFirst, October 27.
- Felt, Ulrike, Fochler, Maximilian, Mager, Astrid and Winkler, Peter. 2008. Visions and Versions of Governing Biomedicine: Narratives on Power Structures, Decision-making and Public Participation in the Field of Biomedical Technology in the Austrian Context. *Social Studies of Science* 38(2): 233-255.
- Felt, Ulrike, Fochler, Maximilian, Müller, Annina and Strassnig, Michael. 2009 [Felt et al. 2009b]. Unruly Ethics: On the Difficulties of a Bottom-up Approach to Ethics in the Field of Genomics. *Public Understanding of Science* 18(3): 354-371.
- Felt, Ulrike, and Wynne, Brian. 2007. *Taking European Knowledge Society Seriously. Report of the Expert Group on Science and Governance to the Science, Economy and Society Directorate*,

- Directorate-General for Research, European Commission. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Fochler, Maximilian and Müller, Annina. 2006. *Vom Defizit zum Dialog? Zum Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit in der europäischen und österreichischen Forschungspolitik*. ITA manu:script, ITA-06-04. Institut für Technikfolgenabschätzung, ÖAW.
- Gmeiner, Robert und Körtner, Ulrich H. J.. 2002. Die Bioethikkommission beim Bundeskanzleramt – Aufgaben, Arbeitsweise, Bedeutung. *Recht der Medizin* 6 (November): 164-173.
- Goodin, Robert and Dryzek, John. 2006. Deliberative Impact: The Macro-political Uptake of Mini-Publics. *Politics and Society* 34(2): 219-244.
- Hecht, Gabrielle. 2001. Technology, Politics, and National Identity in France. In: *Technologies of Power: Essays in Honor of Thomas Parker Hughes and Agatha Chipley Hughes*, hrsg. M.T. Allen and G. Hecht, 253-293. Cambridge, MA: MIT Press.
- Horst, Maja and Irwin, Alan. 2010. Nations at Ease with Radical Knowledge. On Consensus, Consensusing and False Consensusness. *Social Studies of Science* 40(1): 105-126.
- Irwin, Alan. 2001. Constructing the Scientific Citizen: Science and Democracy in the Biosciences. *Public Understanding of Science* 10 (1): 1-18.
- Irwin, Alan. 2006. The Politics of Talk: Coming to Terms with the “New” Scientific Governance. *Social Studies of Science* 36 (2): 299-320.
- Jasanoff, Sheila. 2004. The Idiom of Co-production. In: *States of Knowledge. The Co-Production of Science and Social Order*, hrsg. S. Jasanoff, 1-12. London/New York: Routledge.
- Jasanoff, Sheila. 2005. „Let Them Eat Cake“: GM Foods and the Democratic Imagination. In: *Science and Citizens. Globalization and the Challenge of Engagement*, hrsg. M. Leach, I. Scoones and B. Wynne, 183-198. London/New York: Zed Books.
- Law, John. 2004. *After Method. Mess in Social Science Research*. New York/London: Routledge.
- Law, John and Urry, John. 2004. Enacting the Social. *Economy and Society* 33(3): 290-310.
- Lezaun, Javier and Soneryd, Linda. 2007. Consulting Citizens: Technologies of Elicitation and the Mobility of Publics. *Public Understanding of Science* 16(3): 279-297.
- Michael, Mike. 2009. Publics Performing Publics: Of PiGs, PiPs and Politics. *Public Understanding of Science* 18(5): 617-631.
- Mol, Annemarie. 2002. *The Body Multiple. Ontology in Medical Practice*. Durham/London: Duke University Press.
- Rat für Forschung und Technologieentwicklung (RFTE). 2009. *Strategie 2020*. Wien: Rat für Forschung und Technologieentwicklung.
- Rip, Arie. 2009. Futures of ELSA. *EMBO Reports* 10: 666-670.
- Rose, Nikolas. 1999. *Powers of Freedom. Reframing Political Thought*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Wynne, Brian. 1995. Public Understanding of Science. In *Handbook of Science and Technology Studies*, hrsg. S. Jasanoff et al., 457-479. London: Sage.
- Wynne, Brian. 2008. Public Participation in Science and Technology: Performing and Obscuring a Political-Conceptual Category Mistake. *East Asian Science, Technology, and Society: an International Journal* 1(1): 1-13.